

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 2795) ohne Bringegebühren vierteljährlich M. 4,20; durch die Kolportäre wöchentlich 36 Pf. frei in's Haus.
Verantwortlicher Redakteur: C. Heine in Hamburg.

Donnerstag, den 15. Juni 1893.

Anzeigen werden die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum mit 30 Pf. für den Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen mit 20 Pf. berechnet. Auszeigen-Auflage in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämtl. Anzeigen-Blättern Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Auf zur Wahl!

Kein Wähler darf heute die Ausübung seines höchsten politischen Rechtes unterlassen!

Von Vormittags 10 Uhr bis Nachmittags 6 Uhr kann der Stimmzettel abgegeben werden.

Wer es ermöglichen kann, benutze zur Stimmabgabe die Zeit von 10 bis 12 und von 2 Uhr an, damit die Mittagsstunden für die zur Arbeit Gezwungenen frei bleiben und zu großer Andrang vermieden wird.

Der Reichstag wird auf fünf lange Jahre gewählt. Kein Wahlberechtigter darf sich säumig zeigen!

Die Kandidaten der Sozialdemokratie sind:

- Für den 1. Hamburger Wahlkreis: August Bebel in Berlin.
- „ „ 2. „ „ J. S. W. Dieck in Stuttgart.
- „ „ 3. „ „ Friedrich Wilhelm Dieckger in Hamburg.
- „ „ 6. Schlesw.-Holst. „ Hermann Wollenbuhr in Ottensen.
- „ „ 8. „ „ Karl Frohne in Hamburg.
- „ „ 17. Hannoverischen „ Heinrich Baerer in Harburg.

Siehe eine Beilage.

Auf zur Wahl! Schlacht!

Der Tag der Wahl, der 15. Juni, ist da. In den wenigen Stunden zwischen 10 Uhr Morgens und 6 Uhr Abends soll eine Entscheidung fallen, wie sie erst und wichtiger noch bei keiner der früheren Neuwahlen zum Reichstage seitens des Volkes zu treffen war. Vom Ergebnis des heutigen politischen Abstimmungs- und Abstimmungs-Abstimmungs hängt für die Zukunft unserer Nation unendlich viel ab.

Wähler! Männer des werththätigen Volkes! Ihr wisst, durch was die heute zu vollziehenden außerordentlichen allgemeinen Reichstags-Neuwahlen veranlaßt worden sind. Der Verbruch der Regierung, für den Molooh Militarismus neue ungeheure Opfer zu erlangen, ließ den schon lange vorhandenen Unwillen der weitaesten Volksschichten in hellen Flammen emporlehen. Diefem allgemeinen Volkszorn gegenüber wagten eine große Zahl von Abgeordneten der sogenannten „Ordnungs-Parteien“ es nicht, die Forderungen der Regierung mit gewohnter Milchsüchlichkeit gegen die Volksinteressen unbedingt zu bewilligen. Da nahm am 6. Mai der parlamentarische Schacher, das unerbittliche Klaffen, durch welches die Vertreter der sogenannten „Rechts-Parteien“ die deutsche Nation zu beflügen und zu betriegen versuchten, ein Ende; die Reichstagsauflösung erfolgte, und damit wurde die Entscheidung über das Volksgeschick wieder in die Hände des Volkes zurückgegeben.

Heute soll diese Entscheidung erfolgen. Heute gilt es Autorität gegen Autorität! Der Autorität des Parlaments hat die Regierung ihre Anerkennung versagt; sie nahm die oberste und entscheidende Autorität für sich in Anspruch und machte geltend: sie müsse „am besten“ wissen, was für die „Sicherheit des Vaterlandes“ erforderlich sei und was dem Volke noch an neuen Lasten zugemutet werden könne!!!

Nun hat die Autorität des Volkes, der Wähler-schaft, das Entscheidungswort zu sprechen. Wir wissen ja, daß als einer der „schwerwiegendsten Gründe“ der Reichsregierung für die Militärvorlage die „Autorität der Generale und Staatsmänner“ in's Feld geführt wurde, gegen welche der „beschränkte Unterhauverstand“ natürlich nicht aufkommen konnte. Wohlan, das Volk dem Vorschlag und Hochmuth die alberne Phrase vom „beschränkten Unterhauverstand“ zu bieten wagen, es wird heute an der Wahlurne zeigen, daß es mündig und befähigt ist, sein Urtheil abzugeben über die Militärvorlage der Regierung und die Schacherpolitik der seit her herrschenden Parteien!

Woll, besinne Dich recht ernsthaft auf Deine Autorität! Weg mit der elenden, falschen Bescheidenheit, der Selbstunterscheidung und Selbstzufriedenheit! Stelle Du die Autorität Deiner gesunden Einsicht, Deines Rechtsbewußtseins, Deiner Selbstachtung jenen anderen Autoritäten entgegen und erweise ihnen ein kategorisches:

„Wie hierher und nicht weiter!“
zu. Kraft des allgemeinen Wahlrechts hast Du die heilige Verpflichtung, diese Deine Autorität gegenüber der Autorität des Militärs und der herrschenden Sonderinteressen in die Waagschale zu werfen. Du hast Dich darauf zu besinnen, daß es sich bei der Militärvorlage nicht allein um militärische Dinge, sondern um eine ganze Reihe wirtschaftlicher, politischer und rechtlicher Fragen von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der Nation handelt. Welche Umfassung von den „militärischen Autoritäten“, daß sie „besser

wissen wollen, was dem Volke frommt und was es leisten kann, als dieses aus vielen Millionen von Steuerzahlern, Wählern, Staatsbürgern bestehende Volk selbst! Alle jene Autoritäten vom grünen Tisch, die aus dem Steuerfädel ihre hohen Gehälter beziehen, haben es leicht, dem Volke neue Lasten zuzumahlen; sie haben darunter nicht zu leiden; sie brauchen nicht zu sorgen und zu bangen um's tägliche Brot; sie sind versorgt, und gut versorgt; sie wissen nicht und empfinden es nicht, was es heißt, wenn der Mann der Arbeit, der täglich und stündlich für sich und die Seinen mit dem Hunger und dem Elend ringt, gezwungen ist, vom geringen Gehalt seines Willens jährlich jetzt schon 90 bis 100 Mark Verbrauchsabgaben, welche auf die nothwendigsten Konsumartikel gelegt sind, dem Staate oder dem Reiche vorwiegend für militärische Zwecke zu zahlen.

Die höchste Autorität soll vernünftigerweise immer da sein, wo das höchste Recht ist. Und wech! höheres Recht gäbe es wohl, als das des Volkes, für sich selber einzustehen.

Die herrschenden Parteien und Gesellschaftsklassen, die in echt demagogischer Art um die Stimmen des „kleinen Mannes“ hinhlen, sehen dem Resultat des heutigen Tages mit Fiktern und Wangen entgegen. Denn sie sehen unter dem Eindruck eines bösen Gewissens. Sie müssen erleben, daß das arbeitende Volk die Auflösung und die Neuwahlen mit Jubel und Begeisterung begrüßt hat. Längst ist ihm, dem so oft getäuschten und betrogenen Volke, das frivole Spiel verhasst, welches die Mehrheits-Parteien im Reichstage, die Konservativen wie die sogenannten „Liberalen“, mit seinen heiligsten Rechten und Interessen so viele Jahre hindurch getrieben haben! Die schwere Sündenschuld jener Parteien ist offenbar geworden vor dem Auge jedes vernünftigen und ehrlichen Menschen. Sie, die sich herrschend als „staatsverhaltende“ und „Ordnungs-Parteien“ geberden, mit „Patriotismus“ und „Volkstreuendlichkeit“ sich brühten, — sie haben den „geschlichen Boden“ geschaffen, auf welchem der Militarismus, wie ein nimmer-satter Moloch, seit bald 25 Jahren immer höher und rücksichtsloser in seinen Anforderungen an die Steuerkraft des arbeitenden Volkes werden konnte; sie haben auf diesem Boden die unerschrockenste Schacherpolitik getrieben, die jemals eine Volkerverletzung enthielt und eine Nation auf's Schwerste geschädigt hat; dafür, daß sie mit der Regierung in militärischen Fragen durch Duld und Dünung gingen, ist ihnen als Gegenleistung der Vortheil der agrarischen und industriellen „Schutzhülle“ geworden, welche dem kleinen Manne die Lebenshaltung so sehr verherrlicht und erschweren; sie haben ihre Mandate zur Volksovertretung schändlich mißbraucht, indem sie die Gesetzgebung in den Dienst des Sonderinteresses der Mächtigen und Reichen stellten, was gleichbedeutend ist mit dem unverzeihlichsten aller politischen Verbrechen:

einer förmlichen Verschönerung des privilegierten großen Besitzes gegen die Armuth;

sie haben ihr Unbesonnenheitsregiment, von welchem sie mit größter Unverschämtheit behaupten, daß dasselbe ein „unantastbares“ Stütz der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung sei, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu festigen versucht und zugleich sich der systematischen Untergrabung der Volksrechte und Freiheiten schuldig gemacht. Nach ihrer Ansicht ist das eheliche arbeitende Volk, welches den Staat erhalten und ihm die Schlägen schlagen muß, der Lohnarbeiter, der Handwerker, der Bauer, der kleine Gewerbetreibende und kleine Beamte nur dazu da, sich ausgeben zu lassen für die Sonderinteressen einer kleinen Minderheit, Steuer-

lasten zu tragen bis zum Erliegen, sich höchst demüthig eine entwürdigende Bevormundung seitens der „oberen Behörden“ gefallen zu lassen und alle von dieser Seite kommenden Ungerechtigkeiten geduldig zu ertragen. Sie sind gewissenlos und hochmüthig genug, dem Massen des werththätigen Volkes das Wahlrecht zum Reichstage rauben zu wollen,

um zu verhindern, daß Ihr, Männer der Arbeit, Vertreter Eurer berechtigten Interessen, Vertheidiger Eurer Wohlfahrt, Ehre und Würde in den Reichstag entsendet; sie wollen Euch — das haben sie, die jetzt mit heuchlerischen Phrasen und Versprechungen um Eure Stimmen sich bewerben, offengelegt offen erklärt — politisch rechtlos

machen, um ungehindert ihre Ausbeutungs- und Unterdrückungs-Praktiken an Euch abzuüben. Wäre das arbeitende Volk im Stande, könnte es so unflug und pflichtvergessen gegen sich selbst sein, noch einmal eine solche reaktionäre Majorität in den Reichstag zu entsenden, wie sie bis dahin dort die Untergrabung und den Umsturz der Volkssouveränität und -Rechte betrieben konnte, so würde das ein politischer Selbstmord des Volkes gleichkommen!

Wähler! Männer der werththätigen Klassen! Auf, an die Wahlurne mit dem Stimmzettel für die Kandidaten der Sozialdemokratie, der einzigen Partei, der gerechte Prinzipien, politische Ehrlichkeit und Konsequenz eigen sind. Weiche keiner zurück! Insbesondere Ihr Lohnarbeiter müßt freudig eine Stunde von Eurer Arbeitszeit opfern, um Euer Wahlrecht auszuüben. Bedenkt, wie oft Ihr durch die unglücklichen Verhältnisse gezwungen seid, zu feierlich! So bringe denn heute jeder von Euch das Opfer, freiwillig eine kleine Schmeichelei zu erleiden. Heraus aus den Werkstätten, herunter vom Bau, an die Wahlurne, Ihr Männer! Bedenkt die Worte des Dichters:

Und wieder schwaunt die erste Waage
Der alte Kampf lebet sich neu,
Jetzt kommen erst die rechten Tage
Wo kein sich sondern wird von Spreu,
Wo man den Falschen von dem Treuen
Gehrig unterscheiden kann,
Dem Unerschrockenen von dem Scheuen,
Dem Halben von dem ganzen Mann!

Jetzt wahrer Männer Eure Würde,
Steht auf zu männlichem Entschaid,
Auf daß Ihr nicht dem Land zur Bürde,
Dem Ausland zum Gelächter seid.
Es ist so viel schon unterhandelt,
Es ist gesprochen fort und fort,
Es ist geschrieben und gehandelt,
So sprecht nun das Entscheidungswort!

Er Euch, Ihr Männer des werththätigen Volkes, ist es, dahin zu wirken, daß der heutige Tag werde ein Siegesdag der Freiheit und des Rechtes, ein Siegesdag der Sozialdemokratie!

Von der Weltbühne.

Das Reichstagswahlrecht soll nach offiziellen Behauptungen „keineswegs in Gefahr sein.“ Der ultramontane „Katholischen Volkszeitung“ wird dazu aus Berlin geschrieben:
Wir wollen Niemanden rathen, auf diese Demotisch-päuer zu bauen. Der nämlich in hiesigen Regierungskreisen verkehrt, wird kaum einen einzigen Anhänger des allgemeinen Wahlrechts antreffen. Fast alle Leute machen das Reichstagswahlrecht für sämtliche Koloniaten, unter denen Reichsregierung und Reich leiden, verantwortlich. Es ist zweifellos, daß diese Stimmung über kurz oder lang in irgend einer Form einen gesetzgeberischen Niederschlag finden wird. Wenn das demotisch wird, so zünden wir fünf die Köpfe. Man lenget so etwas ja so lange ab, bis eine betreffende Vorlage ausgebeutet wird. Wer sich aber bemüht, die

Stimmungen kennen zu lernen, kann mit viel mehr Sicherheit sagen, was später passiren wird. Der Kerger unserer Regierungskreise über das allgemeine Wahlrecht wird sich schon zu Gegenständen verdichten, sobald wir nur eine passende Gelegenheit, etwa nur eine Kartell-Mehrheit, im Reichstage haben. Ich habe in Kreisen hiesiger hoher Staatsbeamten zwei Meinungen vertreten gefunden. Die „gemäßigte“ Anschauung wollte „nur“ die Minimalmenge des Wahlrechts vom 25. bis zum 30. Lebensjahr ausdehnen und die geheime Stimmabgabe abschaffen. Dies würde am meisten den Konservativen und den Nationalliberalen, als den Parteien, die vorzugsweise Wahltriumph treiben, zu Gute kommen. Es ist ja selbstredend, daß massenhaft Arbeiter entlassen müßten, die einen legalen ökonomischen Stimmzettel abgeben. Biele ist aber selbst diese „Reform“ noch lange nicht genügend. Sie wollen das ganze allgemeine Wahlrecht abschaffen. Die Verantwortung der Frage nach einem Erfolg ist verschiedenartig; am meisten neigt man sich der Ansicht zu, einen Extrakt aus den Landtagen als Reichstag funktionieren zu lassen. Die Einzel-Vorlagen sollen die Reichstagsabgeordneten wählen — ein Plan, der übrigens sehr viele Schwierigkeiten hat. Dafür ist auch das viel desto verlockender; würde man doch auf diese Weise einen Reichstag zusammenbringen, der nicht einen einzigen Sozialdemokraten zählt. Das wäre doch schon des „Schweizes der Edeln“ werth.“

Wir fragen: und dann?
Nun dann werden die „staatsverhaltende“ Politiker ihren Appell an die Gewalt fertigen haben!

Die „patriotischen“ Kampfringler an der Arbeit! Die Frage einer Aenderung des Reichstagswahlrechts wird nun auch von der „Kreuzzeitung“ behandelt, und zwar in einer Weise, die allgemeine Beachtung verdient. Nachdem das Blatt einleitend von einem „Gerde über die Gestaltung des allgemeinen Wahlrechts“ gesprochen, während doch nicht das Mindeste vorliegt, was als Thatsache verwerthet werden könnte, heißt es: „An einer Einrichtung, wie diese, rüttelt es sich sicher nicht so leicht. Das Gegenstück zu glauben wäre klüßlich. Das allgemeine Wahlrecht würde nur dann gefährdet sein, wenn die Mehrheit der deutschen Wähler es dahin kommen ließe, daß die äußere Sicherheit des Reiches bedroht erschiene. Diese Wähler selbst also haben es in ihrer Hand, alles Deutsche vor sich her zu halten.“ Sie brauchen am 15. Juni nur zu zeigen, daß ihnen die Werthlosigkeit des Vaterlandes über ihren Partei- und Schmeicheleien steht, wie hoch die die jetzt auch immer schäben.“

Also wenn kein militärischenverfügbare Reichstag zu Stande kommt, ist nach Ansicht der „Kreuzzeitung“ das jetzt bestehende Wahlrecht gefährdet! Durch wen denn? Eine Aenderung dieses Wahlrechts kann auf verfassungsmäßigen Wege doch nur durch übereinstimmenden Beschluß des Bundesraths und Reichstages erfolgen. Daß aber der Letztere, falls er in seiner Mehrheit gegen die Carthagenische Vorlage ist, einer Aenderung des Wahlrechts nicht zustimmen würde, das ist sicher gelten. Soll also die Aenderung der „Kreuzzeitung“ einen Sinn haben, so kann dieser nur in einer Drohung mit einem Verfassungsbruch gefunden werden, die aber das Volk doch wohl selbst nicht ernsthaft nehmen will. Dem Volke aber wird man die Meinung nicht antreiben, daß eine Aenderung des Wahlrechts nur von einem bewilligungswilligen Kartellreichstage droht.
Also, Wähler: Nieder mit der „patriotischen“ Kampfringlerbande!

Die regierungsfreundlichen Rechenkünster behaupten, die Verwirklichung der neuen Militärvorlage werde jedem Wähler nur 1 M. 1 Pf. kosten. Wir wollen diese Höhe noch einmal zurückweisen. Die Regierungler haben sich die Aufgabe sehr leicht gemacht. Da die Militärvorlage vier und sechzig Millionen jährlich erfordert, so würde diese Summe auf rund fünfzig Millionen Köpfe vertheilt, je 1 M. 1 Pf. ausmachen. Unbesonnen liegt das Rechenregel gar nicht so glatt, denn erstens können nicht Sänglinge und verheiratete Frauen selbstständig, sondern der Familienvater muß für sie aufkommen. Gewöhnlich rechnet man die Familie zu fünf Köpfen; es würden also auf jeden Familienvater mehr als sechs Mark entfallen, — wenn keine Nebenabgaben diese Summe zum Mindesten verdoppeln. Die unwirthschaftlichsten aller Steuern sind die indirekten Steuern, denn sie erfordern erstens ein Beamtenheer zur Kontrolle, Eintreibung, Verrechnung u. s. w., zweitens hat auch die geringste indirekte Steuer die Tendenz, den Marktpreis des betreffenden Gegenstandes erheblich zu erhöhen, so sogar zu verdoppeln. Der Produzent ist gezwungen, nicht bloß den Betrag der Steuer, sondern auch

die Zinsen dieses Betrages, den er zwar erlegen muß, auf den Herstellungspreis aufzuschlagen, und sich außerdem auch noch für den verminderten Konsum schadlos zu halten. Diefelbe Manipulation muß auch jeder Vertheilungsmittel zwischen dem Produzenten und Konsumenten vornehmen, und zwar mit Recht, denn durch seine Vertheilung erhalten erst die Erzeugnisse einen Marktwert, indem er sie dem Konsumenten zuführt. In welcher erscheidender Weise eine so geringe Steuer oder ein Einfuhrzoll den Marktpreis erhöht, haben wir in Hamburg an unserem Leibe erfahren, seitdem wir in das deutsche Zollgebiet einreicht worden sind. Früher zahlten wir beispielsweise für ein Pfund Hafer 60—90 Pf. Nachdem noch ein Zollzuschlag von einigen Pfennigen pro Pfund hinzugekommen ist, zahlen wir für das Pfund bereits Qualität M. 1.20—1.80. Die paar Pfennige haben den Marktpreis verdoppelt. Man darf also behaupten, daß die Wähler für die Militärvorlage nicht bloß M. 1.01, sondern sofern sie Familienväter sind, M. 10—15, oder M. 15 als M. 10, an fortdauernden Ausgaben mehr zu zahlen haben werden. Indirekte Steuern veranrein ich wohl mehr, als sie dem Staatsfädel nützen.

Darum, Wähler, seid heute an der Wahlurne auf der Hut!

Die „unaufsichtbare Autorität“ der Regierung. Es sei heute nochmals daran erinnert, daß unsere Regierungsmänner mit dem Volke auf ihre „Autorität“ schon zweimal gründlich Falsch gemacht haben. Der Reichstag ist schon zweimal angefochten worden, weil er jener „Autorität“ nicht „pariren“ wollte, — im Jahre 1878, anlässlich des Sozialkessengesetzes, und im Jahre 1887, anlässlich des Septennats. Die damaligen Opponenten wurden von den Selbstgelehrten der Reaktion als „Reichsfeinde“ und „Vaterlandsverräther“ verurtheilt, weil sie das Sozialkessengesetz bzw. das Septennat für unrichtig und unparitätisch hielten. Wo sind diese beiden Institutionen heute? Die Regierung selbst hat beide, das Sozialkessengesetz und das Septennat fallen lassen, — das bezeugt, wofür vorher ganz Deutschland in ungeheure Aufregung versetzt wurde. Die Regierung hat also selbst angegeben, daß nicht sie, sondern die Majorität des Reichstages vor den beiden früheren Anklagen die richtige Meinung vertreten hat. Und da kommt sie jetzt wiederum und veranlagt, daß sich der Reichstag ihrer Autorität hingebe. Das ist eine ungeheuerliche Zumuthung, welche die Wähler aus dem werththätigen Volk, heute an der Wahlurne mit äußerster Entschiedenheit zurückweisen muß.

Zünftlerische Wahlpropaganda. Nichts traurigeres kann es geben, als die Art und Weise, wie das kleine Häuflein der Justizminister im Namen des „deutschen Handwerkes“ Wahlpropaganda betreibt. Die Herren gehen hantieren bei allen sogenannten „Ordnungs-Parteien“, um zu erfahren, wie die Kandidaten verhalten sich zu den zünftlerischen Forderungen stellen. Sie wollen demjenigen Kandidaten ihre Stimme geben, welcher sich verpflichtet, für Besetzung der zünftlerischen und obligatorischen Funktionen einzutreten. Ob das ein konservativer, ultramontaner oder liberaler Mann ist, das kümmert sie nicht, — wenn er nur verspricht, im Reichstage für die zünftlerischen Marotten einzustehen. In einem uns vorliegenden Wahlantrag der Zünftler „für die Handwerker von Weisfallen“ heißt es:

„Unsere Wahlparole heißt: „Entweder Zentrum und Konservativ oder Antizentralistisch“, und nehmen wir uns in Acht bei allen neuen Parteibildungen. Die Handwerkerbewegung ist ein höchstes Wadchen, das ein Zerber genouffirt, um es schließlich als „Antizentralistisch“ zeigen zu lassen. Befolgen wir uns unsere Kandidaten ganz genau; wer nicht voll und ganz für den Besetzungsnachweis sich verpflichten will, wählen wir nicht; und demjenigen, welche uns noch mehr befehlen wollen, ohne uns das Exterre zu berücksichtigen, da rechnen wir nach den Wahlen mit ab. Unter unseren angebotenen Freunden finden auch noch „Zammerkerle“; denn wie soll man es anders nennen, wenn ein Mann, der jahrelang Landtags-Abgeordneter ist, in allem Ernst um „Angabe unserer Forderungen“ bei uns aufkamt. — Zum Schluß noch ein ernstes Wort: Lassen wir uns nicht verleiten, einen Umstürzler zu wählen.“ Die können und wollen nicht verbeßern; denn ein zufriedener Arbeiter und Handwerker ist ihnen das größte Hinderniß und die Zukunft können sie Niemand richtig beschreiben, aus dem einfachen Grunde, weil es in der Praxis unmöglich ist. Außerdem treunt uns christliche Handwerker noch eine viel größere Klust, und das ist unser christlicher Glaube, und mit dem Reuten, die nach ihren eigenen Ansprüchen, keine Autorität im Himmel und auf